



POLITIK



Die Pflegesicherung wurde bei ihrer Einführung am 1. Januar 2008 als Erfolg gefeiert, als Meilenstein in der Sozialpolitik des Landes.

Foto: Alexander Alber



„Ja, es war ein Fehler“

Mehr alte Menschen, steigende Kosten. Die Pflegesicherung war gut gemeint. Und erweist sich jetzt als tickende Zeitbombe.

Der Lauf der Dinge war absehbar. Bereits 2007, als die Pflegesicherung für Südtirol beschlossen wurde, dürfte kaum jemand daran gezweifelt haben, in welche Richtung es gehen wird: Es ist nur eine Frage der Zeit, bis dieses Modell der Finanzierung von Pflege nicht mehr bezahlbar ist. Man weiß, wie aufwendig und teuer Pflege ist. Man weiß, dass die Menschen älter werden. Und man weiß, dass die Zahl der Pflegebedürftigen steigt, spätestens sobald die Generation der Babyboomer in Rente geht.

Das alles weiß man heute. Man wusste es aber auch bereits vor 17 Jahren, als die Pflegesicherung eingeführt wurde. Von Anfang an rechnete man mit einem jährlichen Zusatzbedarf von zwei Prozent. Das klingt zunächst nach nicht besonders viel, aber heute stehen die Ausgaben bereits bei 281 Millionen Euro, die in die Pflege zu Hause und in Seniorenheimen fließen. Es sei damals der kleinste gemeinsame Nenner gewesen, sagt Gottfried Tappeiner, auf den man sich einigen konnte. Und: „Ja, es war ein Fehler.“ Mehr noch: Aus heutiger Sicht sei die Entscheidung für die Pflegesicherung kaum noch nachvollziehbar. Der Wirtschaftsprofessor arbeitet in einer Arbeitsgruppe mit, die am Kompetenzzentrum soziale Arbeit und Pflege am Universitätsstandort Brixen angesiedelt und mit der Analyse der Pflegesicherung beauftragt ist. Die Eckdaten sind zusammengetragen. In der Diagnose stimmen alle überein: Der Druck auf die Pflege steigt.

Das Modell der Pflegesicherung ist offenbar zu schön, um wahr zu sein. Im Kern geht es darum, dass jeder Mensch in Südtirol Anspruch auf die Finanzierung seiner Pflege hat, sobald er alt wird oder aus einem anderen Grund gebrechlich ist. Egal ob reich oder arm, in Südtirol bekommt jeder gleich viel. Die Menschen sollten nicht zusätzlich zur Kasse gebeten werden, die Pflegesicherung wird über den Sozialhaushalt des Landes finanziert. Dieses Modell wurde beim Start als Erfolg gefeiert, als Meilenstein in der Sozialpolitik des Landes gepriesen und galt als Grundpfeiler für die Sicherung der Altenpflege.

Im Laufe der Jahre gab es immer wieder zaghafte Versuche, auf das Dilemma mit der Pflegesicherung hinzuweisen. So meinte die damals zuständige Landesrätin Waltraud Deeg vor drei Jahren, man müsse die Pflege neu organisieren. Zusätzliches Geld könnte über eine Pflegeversicherung eingehoben werden. Und dann? Dann passierte wieder: nichts.

Das Arbeitsförderungsinstitut Afi hatte bereits 2016 in einer Studie festgehalten: „Die Gesamtanzahl der

Pflegegeldempfänger steigt langsam, aber stetig an. Dieser Trend wird auch in den kommenden Jahren anhalten.“ Gleichzeitig wies die Studie darauf hin, dass die Entwicklung im Bereich Pflege unbedingt im Auge behalten werden müsse. Man benötige ein Monitoring, so die Schlussfolgerung, um rechtzeitig eventuell das Modell umbauen zu können – in Richtung beitragsfinanzierter Pflegesicherung, also am ehesten eine Pflegeversicherung nach dem Vorbild des Zusatzrentenfonds.

Nun gab es vor zehn Tagen wieder Stimmen, die öffentlich sagten, dass das Geld aus der steuerfinanzierten Pflegesicherung nicht mehr ausreiche. Man müsse über ein Versicherungsmodell nachdenken. Die Worte der mittlerweile zuständigen Landesrätin Rosmarie Pamer klangen besorgt. Im Detail allerdings ist noch immer völlig unklar, wie die Pflegesicherung so umgebaut werden kann, dass sie sozial verträglich bleibt. Schließlich soll auch in Zukunft jeder das Anrecht auf ein würdiges Altern und eine entsprechend gute Pflege haben.

„Es wird schwierig, aus dieser Geschichte wieder herauszukommen.“

Stefan Perini

Wer soll wie viel bezahlen müssen? Wie wird festgestellt, wer überhaupt eine Versicherung abschließen muss, um im Alter ein Anrecht auf mehr Pflegegeld zu haben? Was ist ein Besserverdiener? Was ist gerecht?

Es wird nicht einfach werden, die richtigen Antworten auf all diese Fragen zu finden. Sehr wohl aber kann man sagen, dass bisher der Mut fehlte, um die Antworten einzufordern. Es ist wohl kein Zufall, dass neue Modelle zur Pflegesicherung jetzt, gut ein halbes Jahr nach der Landtagswahl, zur Sprache kommen. Vor der Wahl will man so ein heißes Eisen nicht angreifen.

Es müssen Gespräche geführt werden, man dürfe nichts übers Knie brechen, sagt Maria Elisabeth Rieder. In ihrer Partei, dem Team K, gilt sie als Expertin für soziale Themen. Aber Rieder tut sich schwer mit einer Forderung, auch sie anerkennt den außerordentlichen Wert einer Pflegesicherung, die allen gleichermaßen zugute kommt. Gleichzeitig lässt sich nicht leugnen, dass dafür irgendwann das Geld fehlen wird.

„Allerdings“, sagt Rieder, „habe ich die Sorge, dass es wieder den Mittelstand treffen wird.“ Dass also schlussendlich jene zur Kasse gebeten werden, die sich durch Fleiß ein wenig Wohlstand aufgebaut haben. Die Arbeitsgruppe Soziales im Team K will am Thema dranbleiben, vielleicht Vorschläge machen, ein Konzept erarbeiten.

Zumindest in einem Punkt sind sich Mehrheit und Opposition einig: Die Probleme sind augenscheinlich, nur Lösung gibt es keine. Im Jahr 2010 hat das Land für die Pflege noch



POLITIK



„Geld pflegt nicht“, sagt Professor Gottfried Tappeiner. Auch Personal, Organisation, Infrastruktur und soziale Netze müssen gewährleistet werden.

Foto: Alexander Albrecht

193 Millionen ausgegeben, 2023 waren es bereits 281 Millionen Euro. Tendenz: weiter steigend.

Afi-Direktor Stefan Perini macht drei Punkte aus, um das Problem in Worte zu fassen: 1. Es gibt immer mehr alte Leute. Die Beiträge aus der Pflegesicherung reichen bereits heute nicht, um etwa eine Badante zu bezahlen. 2. Gleichzeitig steigen die Löhne im Pflegebereich, weil Personal überall gesucht wird. Und 3.: Die Familienstrukturen ändern sich dahingehend, dass vor allem Frauen weniger für die Pflege von Angehörigen verfügbar sind.

„Wir werden Abstriche machen müssen“, sagt Perini, „auf alle Fälle ist es schwierig, aus dieser Geschichte wieder herauszukommen.“ Man werde nicht darum herumkommen, den Dschungel an Sozialleistungen zu durchforsten, um zu erfahren, ob das Geld auch tatsächlich dort ankommt, wo es am dringendsten gebraucht wird.

Als sicher gilt, dass die öffentliche Hand auch in Zukunft in die Pflege investieren muss. Die Frage ist, wer für die „recht großen Beträge aufkommt, die in Zukunft zusätzlich benötigt werden“. Schließlich will und kann die Politik nicht an anderer Stelle sparen, um so viel Geld in die Pflege zu stecken. Die Ausgaben für Bildung kürzen, der Landwirtschaft Förderungen streichen, Sport oder Kultur beschneiden, kommt für die Politik nicht infrage. Das Problembewusstsein bestehe mittlerweile, sagt Gottfried Tappeiner: „Sobald wir wissen, was wir politisch möchten, können wir die technische Machbarkeit klären.“

Was tun mit Menschen, die aus Südtirol wegziehen? Was mit solchen, die herziehen? Oder mit solchen, die alles den Kindern vermachen, um der Versicherung aus dem Weg zu gehen? Da gibt es wieder zahllose Fragen zu klären.

Geld allein reicht auch nicht aus. „Geld pflegt nicht“, sagt Tappeiner. Personal, Organisation, Infrastruktur und soziale Netze müssen gewährleistet werden, auch das kostet.

Mittlerweile liegen verschiedene Modelle vor, wie Pflege in Zukunft organisiert werden soll, jedes hat Vor- und Nachteile. Dabei geht es um Grundsätzliches, also um Entscheidungen, die die Politik treffen muss: Lässt man alles laufen, kann sich Pflege in Zukunft nur noch leisten, wer wohlhabend ist – wie in den USA. In Deutschland hingegen gibt es eine verpflichtende Pflegeversicherung, in die vor allem jüngere Leute einzahlen, auch das ist nicht unbedingt der richtige Weg.

Gottfried Tappeiner kommt zum Schluss: „Ein Versicherungsmodell wäre auf jeden Fall sinnvoll“, ein solches, in dem die wirtschaftliche Situation der zu Pflegenden berücksichtigt wird. Tappeiner spricht sich eher für eine freiwillige Versicherung aus, weil bei einem verpflichtenden Modell mit großem Widerstand zu rechnen sei. Der Vorteil eines Versicherungsmodells besteht darin, dass schlussendlich nicht jeder denselben Bedarf anmelden wird: Es gibt Menschen, die bis ins Alter fit sind und dann plötzlich sterben. Und es gibt Menschen, die Pech haben und bereits in jüngeren Jahren auf Pflege angewiesen sind, möglicherweise für einen langen Zeitraum.

„Wir haben noch ein bisschen Zeit“, sagt Tappeiner, es gelte allerdings, sich auf den Weg zu machen. Die Spitze des Pflegebedarfs dürfte mit 2040 erreicht sein, dann geht er wieder zurück. Hat man bald eine Lösung vorliegen, wäre die Finanzierung der Pflege auch in diesem Abschnitt einer alternden Bevölkerung zu schaffen. Was es braucht, ist eine Entscheidung.

Tappeiner hält eine ergebnisoffene Diskussion für notwendig. Diese Gespräche sollten nicht in der verschlossenen Kammer, sondern mit der Bevölkerung geführt werden, sobald man mehrere Möglichkeiten vorliegen hat.

Nun liegt es an Landesrätin Pamer, diese Modelle zu erklären und einen Zeitplan vorzulegen.

Silke Hinterwaldner